

Die Rechtsgrundlagen dieses Planes und seines Verfahrens sind:

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungs-verordnung - BauNVO) vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 BGBl. I S. 1548).
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.12.1990, (BGBl. 1991 I S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509).
4. Gesetz über Naturschutz und Landespflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 100 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154).
5. Hessische Bauordnung (HBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2011 (GVBl. I S. 46, 180).
6. Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) vom 20.12.2010 (GVBl. I S. 629).
7. Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Neufassung vom 07.03.2005, zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218) und daraus folgende Satzungen.

Legende Bestand


Art der baulichen Nutzung
§ 5 (2) Nr. 1 BauGB und § 1 (1) BauNVO

 Wohnbauflächen

Grünflächen, Spiel- und Sportstätten,
Freizeit und Erholungsanlagen
§ 5 (2) Nr. 5 BauGB

 Grünfläche

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur
Entwicklung von Natur und Landschaft
§ 5 (2) Nr. 10 BauGB

 7 Sukzession

 Erhaltung und Anpflanzung von Einzelbäumen

 Landschaftsschutzgebiet

Planungen und Nutzungsregelungen nach anderen gesetz-
lichen Vorschriften sowie Regelungen für den Denkmalschutz
als nachrichtliche Übernahmen oder sonstige Darstellungen
als Vermerke § 5 (4) BauGB

 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der
Flächennutzungsplanänderung

Legende Planung

Grünflächen, Spiel- und Sportstätten,
Freizeit und Erholungsanlagen
§ 5 (2) Nr. 5 BauGB

 Grünfläche

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur
Entwicklung von Natur und Landschaft
§ 5 (2) Nr. 10 BauGB

 6 Streuobstwiese

 7 Sukzession

 Erhaltung und Anpflanzung von Einzelbäumen

Planungen und Nutzungsregelungen nach anderen gesetz-
lichen Vorschriften sowie Regelungen für den
Denkmalschutz als nachrichtliche Übernahmen oder
sonstige Darstellungen als Vermerke § 5 (4) BauGB

 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der
Flächennutzungsplanänderung

VERFAHRENSVERMERKE

AUFSTELLUNG

1. Dieser Plan wurde auf Grund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeinde-
vertretung vom _____ gemäß § 2 (1) BauGB aufgestellt.

Dieser Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekannt gemacht.

Walluf, den _____
Bürgermeister

BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB wurde auf Grund des
Beschlusses der Gemeindevertretung vom _____ am _____ durchgeführt.

Walluf, den _____
Bürgermeister

BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN

3. Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1)
BauGB wurde auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung Walluf vom
_____ mit Benachrichtigung am _____ unter Fristsetzung bis zum _____
durchgeführt.

Walluf, den _____
Bürgermeister

OFFENLAGEBESCHLUSS

3. Dieser Plan wurde als Entwurf am _____ gemäß § 3 (2) BauGB von der
Gemeindevertretung Walluf zur öffentlichen Auslegung beschlossen.

Walluf, den _____
Bürgermeister

OFFENLAGE

4. Der Offenlage-Entwurf und seine Begründung haben gemäß § 3 (2) BauGB auf die
Dauer eines Monats in der Zeit vom _____ bis _____ einschließlich
öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am _____
ortsüblich bekannt gemacht.

Walluf, den _____
Bürgermeister

PLANBESCHLUSS

5. Dieser Plan wurde zusammen mit seiner Begründung durch die Gemeindevertretung
Walluf am _____ festgestellt.

Walluf, den _____
Bürgermeister

AUSFERTIGUNG

6. Dieser Plan wurde am _____ ausfertigt.

Walluf, den _____
Bürgermeister

GENEHMIGUNG

7. Dieser Plan und seine Begründung wurden gemäß § 6 BauGB dem
Regierungspräsidenten Darmstadt am _____ zur Genehmigung vorgelegt.
as Genehmigungsverfahren ist durch
a) Fristablauf gemäß § 6 (4) BauGB am _____
b) Verfügung des Regierungspräsidenten Darmstadt vom _____
(Az.) gemäß § 6 (4) BauGB vor Fristablauf beendet worden.

Walluf, den _____
Bürgermeister

AUSFERTIGUNG

8. Dieser Plan wurde am _____ ausfertigt.

Walluf, den _____
Bürgermeister

BEKANNTMACHUNG

9. Nach Beendigung des Genehmigungsverfahrens am _____ wurde dieser Plan
gemäß § 6 (5) BauGB am _____ mit Angabe des Ortes, wo der Plan und seine
Begründung eingesehen werden kann, durch ortsübliche Bekanntmachung wirksam.

Walluf, den _____
Bürgermeister

GEMEINDE WALLUF FLÄCHENNUTZUNGSPLAN 6. ÄNDERUNG

Maßstab 1:5.000



Übersichtsplan im Maßstab 1:25.000

**STÄDTEBAULICHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
STADTPLANER · BERATENDE INGENIEURE**
Thomas-Mann- Straße 41 · 53111 Bonn · Tel.: 0228/ 227 236 -10

Stand:

Offenlage, August 2014